



German Zero

# Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe

Ulrike Lenz, BT der Klimaentscheide, 02.09 - 24.09.2022

**Status quo-Landkarten**

**Positionspapier des Klima-Bündnis  
& Manifest von Energy Cities**

**Was ist demnächst alles möglich?**

**Die KEs mischen sich ein**

**Studien / Akteure /**

# Landkarte 1 Bund – Länder - Kommunen

## BUND

- Klimaschutzgesetz, mit verbindlichen Klimazielen und jährlich sinkenden Emissionsmengen
- Sondervermögen Klima- und Transformationsfonds (KTF) als Finanzierungsinstrument
- Berichtspflicht / Nachsteuerung

- 1,5 Grad Gesetzespaket GZ
- PG und Fachgruppen

## LÄNDER

- Viele Länder haben Klimaschutzgesetze, Ziele sind sehr unterschiedlich, Monitoring ebenso
- Klimaschutzgesetz in BaWü und SH: Pflicht zur kommunalen WärmePLANUNG; in BaWü: Pflicht zur Installation von PV Anlagen

- NiedersachsenZero
- PG

## KOMMUNEN

- Klimaschutzkonzepte und Zielsetzung sind freiwillig.
- Finanzierung: kommunale Mittel oder Fördermittel, Finanzierung nach politischem Beschluss
- Personal: dito
- Monitoring: freiwillig

- KEs als Fordernde (Bürgerentscheid) und als Zivilgesellschaftliche Ansprechpartner

## LANDKARTE 2:

Warum ist ein Kindergartenplatz einklagbar,  
ein klimaneutrales Kindergartengebäude aber nicht?

Kommunen haben ein **Selbstverwaltungsrecht**, das bedeutet, dass sie grundsätzlich eine Allzuständigkeit und ein Aufgabenfindungsrecht für ihr Gebiet besitzen.

**Pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben**  
(Feuerwehr, Abfall, Bauleitplanung, Kindergärten und Horte....)

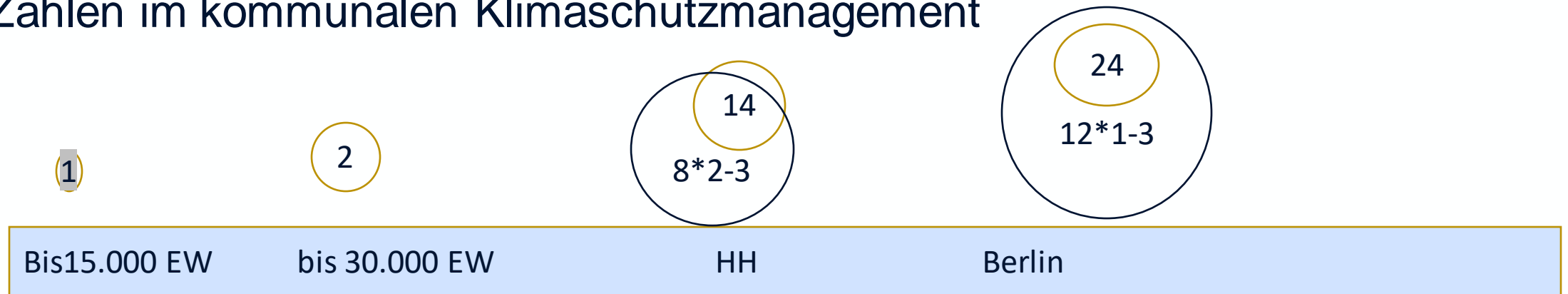
**Freiwillige SVA:** Kultur, Soziales, Suchtberatung, ÖPNV, Beratungsstellen, Museen, Bibliotheken, Jugendeinrichtungen, Sportplätze, Freibäder, Freizeitangebote, Tierparks, **Klimaschutz....**

**Pflichtaufgaben nach Weisung:**  
Übertragene Aufgaben (Bsp: Ordnungsverwaltung, Bauaufsicht)  
→ Bund (Fachgesetze) und Länder (direkte Übertragungsmöglichkeit)

**Aufgabenübertragungs- oder Durchgriffsverbot,**  
Art. 84 Abs. 1 S. 7 GG und Art. 85 Abs. 1 S. 2 GG:  
Seit 2006 ist es dem Bund verboten, Aufgaben durch ein Bundesgesetz auf Gemeinden zu übertragen  
Die Auferlegung **neuer Pflichtaufgaben** kann demzufolge **nur durch Landesgesetz** erfolgen.

Das **Konnexitätsprinzip:**  
Aufgaben- und Finanzverantwortung gehören zusammen: Die Instanz (Staatsebene), die über eine Aufgabe entscheidet, ist auch für die Finanzierung zuständig.  
Oder:  
"Wer bestellt, bezahlt," (GG Art.104a)

# LANDKARTE 3: Zahlen im kommunalen Klimaschutzmanagement



- kommunale Minderungsmöglichkeiten  
Ifeu 2020: Kommunen haben direkten bzw indirekten Einfluss auf 38% der gesamten deutschen THG Emissionen
- Energy Cities: allein für die Umsetzung eines dekarbonisierten Gebäudebestands in Deutschland bis 2030 werden über 50.000 neue Vollzeitstellen in den lokalen Verwaltungen benötigt, Europaweit: 214.000
- Öffentliche Investitionen sind ein wichtiger Baustein für eine effektive und tiefe Dekarbonisierung, die sich als systemisches Problem verstehen lässt.

## Das Wichtigste in Kürze:

### Das knappe kommunale Budget

MUSS in erster Linie für die pflichtigen Aufgaben verwendet werden.

→ *Wettbewerb der freiwilligen Aufgaben*

→ *Im Notfall mieten Kulturbeauftragte Flüchtlingswohnungen an oder Klimaschutzmanager:innen kontrollieren Coronanachweise*

### Kommunale Finanzquellen:

- Gewerbesteuer (sehr volatil)
- Kommunaler Finanzausgleich
- kommunaler Anteil an der Einkommenssteuer und an anderen Gemeinschaftssteuern

### Klimaschutz durch Bundes-Fördermittel?

Fördermittel des Bundes und der Länder sind punktuell und befristet. Sie ermöglichen keine systematische, langfristige Planung und Umsetzung:

➤ **Aufgabenübertragungsverbot**, Die Auferlegung **neuer Pflichtaufgaben** kann **nur durch Landesgesetz** erfolgen.

Es gibt keine Institutionalisierung von Klimaschutz auf kommunaler Ebene

# LANDKARTE 4: Was passierte bisher bei GermanZero?



- **Projekt Forderungskatalog der Kommunen an den Bund:** Umfrage bei Klimaschutzmanager:innen
- **2022: Vernetzung mit vielen Akteuren**, vor allem Klima-Allianz, Klima-Bündnis und BVKS (Bundesverband Klimaschutz)
- **1,5 Grad Gesetzespaket** formuliert wesentliche Forderungen zu Fachgesetzen. Nicht jedoch die personelle und finanzielle Ausstattung der Kommune, um Klimaschutz umzusetzen. Es weist aber auf die Notwendigkeit der Pflichtaufgaben hin und adressiert die Länder als Instanz.
- **So geht Tempo bei der Windkraft:** Vereinfachung von Planungsprozessen:



# Positionspapier Klimabündnis



## POSITIONSPAPIER

DES KLIMA-BÜNDNIS DEUTSCHLAND



Klima-Bündnis

**BITTE VERTRAULICH BEHANDELN - VERÖFFENTLICHUNG AM 7. SEPTEMBER**

# Klimaschutz und Klimaanpassung als kommunale Pflichtaufgabe(n) verankern

Positionspapier des Klima-Bündnis für die deutsche Bundes- und  
Landespolitik

## Klima-Bündnis:

- 2.000 Mitgliedskommunen
- in mehr als 25 europäischen Staaten
- Bundesländer, Provinzen, NGOs und andere Organisationen
- Klimawandel als eine globale Herausforderung, die lokale Lösungen erfordert.
- Klimagerechtigkeit in der Partnerschaft mit indigenen Gemeinden

### **Mitgliedskommunen:**

- Verpflichtung zu Klimagerechtigkeit in Partnerschaft mit indigenen Völkern
- Beschluss im kommunalen Parlament: Selbstverpflichtung zur kontinuierlichen Verminderung der Treibhausgasemissionen, von mindestens 95 % bis 2050 (gegenüber 1990) im Sinne der Forderungen des Weltklimarats



# Forderung 1: Querschnittsaufgabe

Die Einbeziehung von Klimaschutz und Klimaanpassung als Ziele von überragendem öffentlichem Interesse in alle kommunalen Aufgabenfelder. Alle kommunalen Geschäftsbereiche sind für Emissionsreduktionen und Klimaanpassung in ihrem Handlungsfeld verantwortlich.

## Forderung 2: kommunale Klimaschutzpläne

Die Erstellung und Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzepten als Handlungsgrundlage für alle Städte und Gemeinden. Diese legen konkrete Ziele und Maßnahmen im Einklang mit den nationalen Klimazielen fest und werden unter Beteiligung der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und der Energieversorgungsunternehmen (EVU) erarbeitet.

# Forderung 3: Klimaneutrale Kommunalverwaltung

Die Planung und Umsetzung konkreter Maßnahmen für treibhausgasneutrale und klimaangepasste kommunale Gebäude und Verwaltungen für alle Städte und Gemeinden, unter Beteiligung der EVU.

## Forderung 4: Grundfinanzierung für Invest und Personal

Die Gewährleistung einer langfristigen, flächendeckenden und geschäfts-bereichsübergreifenden Personalausstattung für Klimaschutz und Klimaanpassung in allen Kommunen. Bund und Länder müssen eine fördermittelunabhängige Grundfinanzierung mit einem festen Budget pro Kommune für Investitionen und Personal einrichten.

# Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen, Verordnungen und Fachgesetze

Da Kommunen in vielen Bereichen keine direkte rechtliche Einflussnahme haben, bedarf es flankierend eines intensiven Dialogs zwischen Bund, Ländern und Kommunen über die rechtlichen Rahmenbedingungen und gesetzlichen Änderungen in Fachgesetzen und Verordnungen, die für den Abbau von Hemmnissen und einen wirksamen Klimaschutz und Klimaanpassung erforderlich sind.

# Energy Cities: Manifest





## DAS MANIFEST

[DAS MANIFEST](#)[LISTE DER UNTERZEICHNER](#)[UNTERZEICHEN SIE DAS MANIFEST](#)

### **GESUCHT: MITARBEITER-INNEN, UM UNSERE KOMMUNEN ZUKUNFTSSICHER ZU MACHEN**

**Schulen Sie und stellen Sie Mitarbeiter in Kommunalverwaltungen und verwandten öffentlichen Einrichtungen ein, um die Klimaziele zu erreichen**

**EU-Städte und Gemeinden können nicht durch Wunschdenken klimaneutral werden.**

Der Prozess erfordert Zeit sowie technische, finanzielle und personelle Ressourcen der Kommunalverwaltungen und der damit verbundenen öffentlichen Einrichtungen. Diese erfassen erneuerbare Quellen, planen den Übergang und setzen Projekte um. Diese Aufgaben werden von Mitarbeitenden wahrgenommen, die für und mit den jeweiligen Stadtgemeinden arbeiten. Sie beziehen lokale Wirtschaftsakteure und zivilgesellschaftliche Gruppen ein, bewerten die Bedürfnisse und den Kontext jeder Nachbarschaft und unterstützen Bürger und lokale Unternehmen. Durch die Mobilisierung der Gesellschaft und die Bereitstellung von Dekarbonisierungsstrategien können Kommunalverwaltungen milliardenhohe Investitionen freisetzen und Millionen von Arbeitsplätzen schaffen.

“

**EU-Städte und Gemeinden können nicht durch Wunschdenken klimaneutral werden**

”

# Energy Cities: Forderungen des Manifest

EU weit 214.000 Vollzeitstellen, um den Gebäudebestand zu decarbonisieren.  
Die damit verbundenen Kosten für die Kommunen belaufen sich auf rund 16 Mrd. EUR pro Jahr, was 3 % der öffentlichen Ausgaben der Kommunen im Jahr 2019 entspricht

## **Adressierte Probleme:**

- operativen Budgets Behörden sind zu begrenzt, um neue langfristige Stellen auszuschreiben.
- Investitionen in Klima- und Energiepersonal sind nicht von den strengen Auflagen zur Haushaltsführung ausgenommen.
- Arbeitsplätze in Kommunen sind wenig attraktiv (insbesondere in Bezug auf Löhne).

**Studie: Personalwesen in den Kommunalverwaltungen der Fachkräfteengpass bei der Umstellung des Gebäudebestandes, April 2022..**

# Umsetzung von Klimaschutz als Pflichtaufgabe(n)



## Rechtliche Einführung

- Über Landesgesetze
- Über GG Änderung
  - Rechtsgutachten der Klima-Allianz kommt im Herbst
- **Investitionen:**
  - Gewerbesteuer zu Gemeindewirtschaftssteuer
  - Einhaltung der Konnexität
  - Erhöhung kommunaler Anteile an Einkommens- und anderen Gemeinschaftssteuern
  - Altschuldenregelung

## Fachgesetze

(1,5 Grad Gesetzespaket)

- STVO (vernünftiger Modal Split)
- Planungsrecht
- Änderungen Bau BG
- Schnellere Planung EE
- Baurecht ist Ländersache, eine Solarpflicht muss hier umgesetzt werden
- Invest von Straße zu Schiene
- GEG verschärfen
- etc.

## Evaluierung / Umsetzungspflicht

- Einheitliche THG Bilanzierung in Kommunen und Ländern
- Kommunale Bilanzierung mit den Ländern und dem Bund verknüpfen
- Berichtspflicht für Kommunen

# Die Kommune auf dem Weg in die Pflicht-Klimaneutralität



- Querschnittsaufgabe, alle Fachdienste / Abteilungen sind verantwortlich (z.B. Klimarelevanzprüfung)
- Personal ist vorhanden
- Ein Budget ist vorhanden
- Aufgaben, Ziele und Evaluation sind festgelegt
- Die kommunale öffentliche Hand fördert durch ihre Aktivitäten neue Wege in eine THG neutrale, suffiziente Welt
- Standardlösungen etablieren sind, ein neues „Normal“ beginnt
- Kommunen bilanzieren einheitlich, die Daten fließen in die Bundesdaten ein

Die KEs  
mischen  
sich ein!!!

Gemeinsam für ein gutes Klima in Niedersachsen!

## NiedersachsenZero

GermanZero Braunschweig, BuchholzZero, GöttingenZero, HannoverZero, HildesheimZero, LüneburgZero und Osnabrück klimaneutral

Du möchtest dich bei NiedersachsenZero ehrenamtlich engagieren und mit uns gemeinsam ein gutes Klima in Niedersachsen schaffen?

Dann schreib uns einfach an [hallo@niedersachsenzero.de](mailto:hallo@niedersachsenzero.de)

## Unsere Bündnispartner

Du möchtest unser gemeinsames Anliegen unterstützen und als Organisation unserem Aktionsbündnis für ein gutes Klima in Niedersachsen beitreten?

Dann schreib uns einfach an [kooperationen@niedersachsenzero.de](mailto:kooperationen@niedersachsenzero.de)



### Wir haben einen Plan!

- Frühjahr 2022  
Gründung NiedersachsenZero
- August 2022  
Start Kampagne Klimaversprechen  
Start Politiker\*innen-Gespräche
- September 2022  
Start Petition (geplant)
- 09.10.2022  
Landtagswahl
- Herbst 2022  
Start Volksinitiative (geplant)

Spätestens 2035  
Niedersachsen ist klimaneutral!

# Die KEs mischen sich ein!!!

## NiedersachsenZero

Wir sind die Landesgruppe von GermanZero in Niedersachsen. Als NiedersachsenZero, initiiert von sieben GermanZero Lokalgruppen (Braunschweig, Buchholz i.d.N., Göttingen, Hannover, Hildesheim, Lüneburg und Osnabrück), wollen wir Klimaneutralität auf Landesebene voranbringen.

Damit auch Niedersachsen seinen Beitrag zur Einhaltung der 1.5°-Grenze leistet, unterstützen wir die Landesregierung sowie Entscheidungsträger\*innen dabei, selbstgesteckte Klimaschutzziele zu erreichen. Dafür planen wir unter anderem eine **Petition** mit anschließendem **Volksbegehren**, durch die **Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe**<sup>1</sup> im Landesgesetz verankert werden soll<sup>2</sup>. Durch gewaltfreie, direkt-demokratische Mittel sowie konstruktive Gespräche zeigen wir Lösungsmöglichkeiten und Handlungspotentiale auf. Dabei wollen wir die Brücke zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen, politischer Umsetzung und der Gesellschaft bauen, um politische Rahmenbedingungen für Klimaneutralität aktiv mitzugestalten.

Wir verstehen uns gemeinsam mit Partner\*innen als **überregionales Aktions-Bündnis**, das parteipolitisch neutral und auf der Basis demokratischer Werte für eine klimasichere Zukunft sorgt.

– Gemeinsam schaffen wir ein gutes Klima –

# Studien und Links



**Dezernat Zukunft: „Kommunale Klimaschutzinvestitionen und deren Finanzierung“**

<https://www.dezernatzukunft.org/kommunale-klimaschutzinvestitionen-und-deren-finanzierung/>

→ hier sind selber mega interessante Quellen verlinkt!

**ifeu (2022). Klimaschutzpotenziale in Kommunen. Quantitative und qualitative Erfassung von Treibhausgasminderungspotenzialen in Kommunen. Im Auftrag des Umweltbundesamtes.**

[https://www.ifeu.de/publikation/klimaschutzpotenziale-in-kommunen/?sword\\_list%5B0%5D=Vanessa&cHash=b065e08fe1ad8bee9a12e98b414cd76c](https://www.ifeu.de/publikation/klimaschutzpotenziale-in-kommunen/?sword_list%5B0%5D=Vanessa&cHash=b065e08fe1ad8bee9a12e98b414cd76c)

**Energy-Cities.EU: Personalwesen in den Kommunalverwaltungen der Fachfächteengpass bei der Umstellung des Gebäudebestandes, April 2022**

<https://energy-cities.eu/>

**Energy-Cities: Manifest:**

<https://www.localstaff4climate.eu/de/das-manifest/>

**Positionspapier des Klima-Bündnis: (intern bis 7.9.2022):**

[https://germanzero.sharepoint.com/:b:/r/Files/200\\_Campaigning\\_Mobilisierung/10\\_Klimaentscheide/02\\_Pioneer/99\\_Forderungskatalog%20der%20Kommunen/materialien/Positionspapier%20Klima-B%C3%BCndnis/2022-08-11%20KB-Position\\_Klimaschutz%20als%20Pflichtaufgabe\(n\)\\_aktuell\(1\).pdf?csf=1&web=1&e=kFvgcv](https://germanzero.sharepoint.com/:b:/r/Files/200_Campaigning_Mobilisierung/10_Klimaentscheide/02_Pioneer/99_Forderungskatalog%20der%20Kommunen/materialien/Positionspapier%20Klima-B%C3%BCndnis/2022-08-11%20KB-Position_Klimaschutz%20als%20Pflichtaufgabe(n)_aktuell(1).pdf?csf=1&web=1&e=kFvgcv)

# Forderungskatalog der Kommunen an den Bund nach Umfrage bei Klimaschutzmanager:innen durch GZ 2021



## Kurzfristige Forderungen

- Verbesserung der **Förderkulisse** - zum Beispiel: NKI: Personalförderung für nachhaltiges Bauen
- **Rahmenbedingungen** – zum Beispiel:
  - STVO
  - GEG mit genereller Solarpflicht
  - EEG ( ! Oster- / Sommerpaket )
- Bundesleistungen
  - Bsp: Verbraucherzentrale: **aufsuchende Beratung** zu energ. Sanierungen
  - Verbesserte / einheitliche kommunale **Bilanzierungsmöglichkeiten**



## Langfristige Forderungen

- Nachhaltige und dauerhafte Verbesserung der **Finanzierung** von Kommunen
  - z.B. veränderte Einnahmekulisse
- Dauerhafte **Personalaufstockung** über Landes- / Bundesmittel, um der Querschnittsaufgabe Klimaschutz gerecht werden zu können
- Klimaschutz als **Pflichtaufgabe** (Konnextätsprinzip)
- **Kommunalinvestitionsförderfonds** für alle Kommunen
- Altschuldenregelung



# Beispielforderungen



Klima-Allianz  
Rechtsstudie.

DStGB  
Klimabeschleunigungs-  
gesetz

Fachverbände Wind /  
Solar  
bessere gesetzl.  
Rahmenbedingungen

BVKS  
Grundsatzpapier  
entspricht dem  
Forderungskatalog

Klimabündnis  
Positionspapier:  
Klimaschutz als  
Pflichtaufgabe

Dezernat Zukunft:  
Studie zu Finanzierung  
von  
Klimaschutzinvestitionen

Energy Cities:  
Studie zum  
Personalbedarf für  
decarbonisierten  
kommunalen  
Gebäudesektor

Verdi  
Neuer kommunaler  
Rettungsschirm

GermanZero,  
1,5 Grad  
Gesetzspaket

KfW  
Neben Krediten: Verbesserung  
der kommunalen  
Finanzvoraussetzungen

Deutscher Städtetag  
Runder Tisch zum  
schnellen  
Windkraftausbau,  
Kommunen brauchen  
Milliardenbeträge

## DStGB

- [2]PM, 03.01.2022, Zukunftsplan Deutschland  
<https://www.dstgb.de/publikationen/pressemitteilungen/zukunftsplan-deutschland/>
- [4] PM, <https://www.staedtetag.de/presse/pressemitteilungen/2021/staedtetag-fordert-zweistellige-milliardenbeträge-pro-jahr>

## DStGB und Verdi, 22.06.2021:

- [5] <https://www.dstgb.de/themen/finanzen/kommunal Finanzen/ver-di-und-der-dstgb-fordern-zweiten-rettungsschirm/>

## KfW Research 350 / 360:

- [6], KfW "5 Bio EUR klimafreundlich investieren - eine leistbare Herausforderung" und "Finanzierung öffentlicher Investitionen: Kredite allein helfen den Kommunen nicht" (KfW.de downloadcenter)

## Deutscher Städtetag

- [7] Positionspapier: LEBENSWERTE STÄDTE DURCH ANGEMESSENE GESCHWINDIGKEITEN – EINE NEUE KOMMUNALE INITIATIVE FÜR STADTVERTRÄGLICHEREN VERKEHR, Stand 22.01.2022
- [9]PM: Schneller Ausbau der Windkraft, 05.01.2022, **Städte unterstützen Forderungen nach Runden Tisch**

## Klimabündnis

- [3] Nov 2021: Forderungen des Klima-Bündnis für eine neue deutsche Klimapolitik

## DUH

- [10] PM, 16.10.2021, <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/tempo-30-wichtigste-sofortmassnahme-in-deutschen-staedten-fuer-verkehrssicherheit-klimaschutz-und-saub/>